

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Verlags- und Druckerei: H. W. Kohlhammer, Berlin, Unter den Eichen 15. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Räumung von Ostende, Lille und Douai.

Der gescheiterte Durchbruchversuch bei Le Cateau.

Amstik. Großes Hauptquartier, 16. Oktober.

Westlicher Kriegshauptquartier.

In den letzten Tagen haben wir Teile von Flandern und Nordfrankreich mit den Städten Doksende, Tourcoing, Roubaix, Lille und Douai geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Die Besatzung der Städte und der Dörfer der Front ist vielfach mit härteren Kräften nach. Er wurde abgewiesen. Englische Kompanien, die nördlich von Kortrijk über die Ds vordrangen, wurden im Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Die Stadt von Lille und Douai besteht nur aus Gefangenen mit dem Gevater.

Zwischen Le Cateau und der Ds ist die Schlacht von neuem entbrannt. Engländer, Franzosen und Amerikaner suchen wiederum unter Einsatz gewaltiger Artillerie unsere Front zu durchbrechen. Beiderseits von Le Cateau sind Angriffe des Feindes vor unseren Linien gescheitert. Bestimmte Einbruchsstellen wurden im Gegenangriff wieder geschlossen. Zwischen Le Cateau und Wilsonville drang der Gegner an einzelnen Stellen in unsere Linien ein. Nach heftigstem Kampf brachen wir den Feind vor unserer Artillerie an der von Le Cateau nach Waffignau führenden Straße, bei La Vallée Muzelle und Reuvelot sowie nördlich von Wilsonville zum Stehen. Wo der Feind darüber hinaus vordrang, warfen ihn unsere Artillerie wieder zurück. Wilsonville und die südlich anschließenden Linien wurden gegen mehrfachen

Ansturm des Feindes gehalten, auch am Nachmittag und vor ihnen erneute Angriffe gescheitert. Ebenso blieben die gegen die Dsfront nördlich von Orign gerichteten feindlichen Angriffe ohne Erfolg.

Am 17. Oktober setzte der Gegner seine heftigen Angriffe nördlich von Orign fort. In hartem Kampf wurde er abgewiesen. Preussische Jäger führten westlich von Grandpré, Brandenburg und Sachsen an dem Kanfer der Maas erfolgreiche Angriffsunternehmungen durch.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (H. L. B.)

Staatssekretär des Innern, Trimbom, über die Kriegsangelegenheiten:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsleihe zu sorgen.

Thomson

Der Vorsitzende der Vaterlandspartei.

Von [Nachdruck verboten]

L. Porsius, Kapitän zur See a. D.

Nach der Annahme der Friedensresolution am 19. Juli im Reichstag organisierte Herr v. Tirpitz die Vaterlandspartei und versuchte einen Keil in unser Volk zu treiben, der freilich an der gelunden öffentlichen Meinung kläglich gescheiterte. Aber auch heute hat Tirpitz noch immer nicht die Reichen der Zeit erkannt, hat nicht begriffen, daß Schweigen für ihn das Gebot der Stunde ist. So sandte er wieder am 11. Oktober eines seiner bekannten Telegramme an den Landesverein Ostpreußen der Deutschen Vaterlandspartei, und ein anderes, dessen Wortlaut hier am 15. Oktober mitgeteilt wurde, an den Reichsanwalt. Herr v. Tirpitz hat doch wohllich Grund, lang- und kluglos zu verschwinden, er, dem noch am 11. Oktober in der Philharmonie zu Berlin öffentlich beheimlicht wurde, daß er ein Unheil stiftete für unser Volk war, er, der im Herbst 1897 auf den Posten des Staatssekretärs des Reichsmarineamts berufen wurde, und von dem am 7. Februar 1912 Eugen Richter im Reichstag sagte: „Ich habe hier wohl hundert Minister kommen und gehen sehen aber noch keinen, dessen Grundaussagen und Mitteilungen man so wenig Vertrauen schenken konnte, wie Herrn Tirpitz.“ Und Richter sprach weiter von „Mangel an Ehrlichkeit“. Sinterhalsigkeit, denen man leider bei dem Herrn v. Tirpitz hier nicht zum ersten Male begegnete.“ Selbst Dr. Dertel äußerte sich kritisch darüber, daß Tirpitz den Reichstag „getäuscht“ habe, und er fügte hinzu, „läßt Herr Tirpitz noch auf das Vertrauen des Reichstags einen Anspruch zu haben?“

Trotz dieser und ähnlicher Äußerungen blieb Herr v. Tirpitz bis zum 15. März 1916 auf seinem Posten! 19 Jahre lang war er der eigentliche Leiter der Kriegsmarine, und wenn ihn sein Kesselfeindeswegs hierzu ermächtigte. So oft man von der Flotte sprach, dachte man an Tirpitz als ihrem eigentlichen Befehlshaber. Vergänglich kämpften die Kommandanten dagegen an. Wie der Wille des Herrn v. Tirpitz in der Marine allein maßgebend war, so hypothetisch er auch den Reichstag, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen trotz aller unliebsamen Vorlesungen bis zum Schluß treue Gefolgschaft geleistet haben.

Warum wird Herr v. Tirpitz ein „Unheilbringer“ für unser Volk genannt? Weil er durch seine Flottenpolitik, durch den gar zu raschen Ausbau der Seekriegsmarine, durch die Schiffsflotte den eigentlichen Kriegsausbruch schuf. Darüber besteht kein Zweifel mehr. Einer von vielen, die nun diesen Gedanken ausgeprochen und begründet haben, ist Professor Hans Delbrück. Er schrieb in den „Preussischen Jahrbüchern“: „Die falsche Marinepolitik des Admirals v. Tirpitz, der statt der Unterseeboote einen Dreadnought über den andern baute, die nun doch nicht die Flotte der Nordsee verhindern können, den Argwohn der Engländer aber bis zur Rachelei steigerten.“ — Aus Bismarcks Wägen stammen die Worte: „Ich bin sehr mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markierung der Welt dienen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter „Ligenschiffe“ nennen muß, weil sie nichts leisten.“ Auf absehbare Zeit bleibt für uns das wichtigste ein starkes Heer, das war auch Wilhelms Meinung, mit dem mich die Heeresregierung verband, daß wir sogar die über unsere Kolonialpolitik entscheidenden Schlachten auf dem europäischen Festland auszufechten haben werden. Also... keine phantastischen Pläne, aber die wir uns dann noch mit anderen für unsere europäische Situation wichtigen Gedanken verjanken.“ Und später äußerte Bismarck, als Kaiser Hohenzollern im Reichstag ausgeführt hatte, daß wir eine starke Flotte halten müßten, die auf hoher See dem Angreifer entgegenzutreten könne: „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird. Hoffentlich nicht an einen, der es erst werden könnte, wenn unbedeutende Prestigegefühle und eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen uns gerichteten Koalition zutriebe.“

Wie war es möglich, daß die Gefahr nicht erkannt, der unheilvolle Großkampfschiffbau nicht verhindert wurde? Noch im Februar 1914 ließ sich Herr Bassermann im Reichstag wie folgt vernehmen: „Die deutsche Flotte dient, wie wir immer gesagt haben, am letzten Ende dem friedlichen Ausgleich unter den Mächten. Ich bin überzeugt, die Entspannung ist der beste Beweis dafür, wie richtig wir mit unserer ganzen Flottenpolitik gehandelt haben.“ Und der Abgeordnete Deffner vor der Fortschrittlichen Volkspartei sagte: „Weshalb ist die Einberufung des Reichstags gegen Deutschland aufgegeben worden? Das danken wir der Schaffung der deutschen Flotte.“ — War's da ein Wunder, wenn die öffentliche Meinung, fast die gesamte Presse, die sich willens durch die geschichtliche Agitation der Flottenvereine beeinflussen ließ, den forcierten Bau der Schlachtschiffe mit Freuden begrüßte? Das „Berliner Tageblatt“ hat unermüdlich seine warnende Stimme erhoben. In zahllosen Artikeln wurde auf die verhängnisvolle Tätigkeit des Herrn v. Tirpitz aufmerksam gemacht, der Bau der Großkampfschiffe wurde bemängelt, der von ihm-Booten dahingegen empfohlen, immer mit dem Sinnese, daß wir nie inslands sein

Die Feststellung der deutschen Antwortnote.

Die deutsche Antwort auf die Wilson-Note ist auch jetzt noch nicht fertiggestellt. Es liegen der Regierung mehrere Entwürfe vor, die heute abend um 6 Uhr nochmals in einer Sitzung des Kriegskabinetts durchgesehen werden. Heute abend dürfte dann der endgültige Text der Antwortnote festgelegt werden. Die Note wird voraussichtlich aber erst morgen nachmittags zur Abendung kommen, da die Regierung die Ansicht hat, die Note vorher den Führern der Reichsparteien und dem Bundesausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorzulegen. Die Veröffentlichung der Note wird dann auch morgen nachmittags erfolgen.

Im Reichstage fand heute wieder eine Reihe von Besprechungen der Parteien statt. Überall beschäftigt man sich mit der deutschen Antwort an Wilson, deren Wortlaut zwar noch nicht feststeht, deren Richtlinien aber den Abgeordneten bekanntgemacht worden sind. Die deutsche Antwort wird, wie man hört, in der Form sehr bestimmt, aber in der Sache entgegenkommend sein.

Vor der Antwort Wilson an Oesterreich-Ungarn.

Zusammenberufung der deutschen Abgeordneten zu einer Vollversammlung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 17. Oktober.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute nachmittags zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, der man mit großer Spannung entgegenfiehl, weil man vielfach erwartet, daß in dieser Sitzung Graf Burian die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn zur Verlesung bringen wird. Eine Bestätigung der Nachricht, daß die Note Wilsons eine gewisse Rücksicht gegenüber Oesterreich, dagegen große Härte gegen Ungarn erkennen lasse, ist nicht zu erhalten.

Die Vertreter der deutschen Parteien haben heute einen Beschluß von weitgeschichtlicher Bedeutung gefaßt. Die Vertreter aller Parteien des Abgeordnetenhauses, die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten wie die Christlichsozialen haben heute nachmittags neuerlich eine gemeinsame Besprechung abgehalten, in welcher nach eingehender Wechselfrede folgender Entschluß gefaßt wurde: „Für Montag, den 21. Oktober 1918, 5 Uhr nachmittags, wird eine Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten im niederösterreichischen Sitzungssaal einberufen, zu welcher alle deutschen Reichstagsabgeordneten sofort telegraphisch einuladen sind. Die Vorbereitung der Tagesordnung dieser Versammlung findet Sonntagabend 4 Uhr nachmittags eine neuerliche Zusammenkunft statt. Die technischen Vorbereitungen werden von einer Anzahl bestimmter Reichstagsabgeordneten getroffen werden.“ Am Schluß der Sitzung gelangte auch das Manifest des Kaisers über die Demokratisierung Oesterreichs zur Verlesung. Die Konstante des deutschen Volkes in Oesterreich, die am 21. Oktober im niederösterreichischen Landtag zusammenzutreten wird, wird sich jedoch keineswegs an den Rahmen dieses kaiserlichen Manifestes halten, das im Gegenteil von der Mehrheit der Abgeordneten als nichtigend bezeichnet wird. Die deutschen Abgeordneten haben sich vorläufig alle Wege offen gehalten. Mehrere Mitteilungen über die Tagesordnung wurden erst am Samstag gemacht werden können. Es scheint, daß das Manifest zur Konstituierung der Nationalen Oesterreichs führen wird, nachdem zum Beispiel die Ruthenen eine Konstante nach Bernberg einbringen haben. Freilich ist aber, ob

es auf dem von der Krone bezeichneten Wege zur Föderalisierung kommen wird. Möglich ist es natürlich, daß nach dem Bekanntwerden der Antwort Wilsons und der Auffassung, die Vereinigten Staaten von der Zukunft Oesterreich-Ungarns hagen, ein Umschwung auch bei den Tschechen und Südslaven eintreten wird.

Die österreichischen Bundesstaaten.

Grenzverhältnisse und Einwohnerzahl.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

© Wien, 18. Oktober.

Bei den Siedlungsverhältnissen der Oesterreich beherrschenden Volksstämme wird es erheblichen Schwierigkeiten begegnen, die Grenzen für die nationalen Staaten festzusetzen. Neben Deutschböhmen müßten zum deutschen Staate gehören: Zelle Wärens und Schlesiens, ferner Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. sowie die deutschen Gebiete Steiermark, Kärnten und Tirol. Im Süden wäre die Grenze gegen den südslawischen Staat die Linie südlich von Villach und Klagenfurt, vielleicht längs der Drau. Die Grenze des russischen Staates gegen Galizien würde etwa der Ean bilden. Nach der Einwohnerzahl würde auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1910 der deutsch-österreichische Staat insgesamt 9 600 000 deutschsprechende Bewohner zählen, der tschechische Staat würde in Böhmen 4 240 000, in Mähren 1 600 000, in Schlesien 1 800 000 Tschechen, insgesamt also 6 200 000 Bewohner aufweisen. Im südslawischen Staat würden insgesamt 2 082 000 slowenisch- und serbisch-slawisch sprechende Bewohner leben. Davon würden entfallen auf Steiermark 410 000, auf Kärnten 82 000, auf Krain 491 000, auf das Nöstenland 488 000, auf Dalmatien 611 000. Der russische Staat im Osten von Galizien würde 3 210 000 ruthenischsprechende Bewohner umfassen.

Der sozialdemokratischen Korrespondenz zufolge beschloßen die Vertreter aller deutschen Parteien im Abgeordnetenhause, Montag nachmittags eine Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten abzuhalten, zu der alle deutschen Reichstagsabgeordneten sofort telegraphisch einberufen sind. Zur Feststellung der Tagesordnung dieser Versammlung findet am Sonntag eine Vorbereitungsbesprechung statt.

Budapest, 18. Oktober. (Ungar. Telegr. Borr.-Bür.)

Der Immunitätsausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß dem Haupte vorzuschlagen, das Haus möge den Abgeordneten Kovasch und Vass, welche im Abgeordnetenhause erklärten, sie seien Freunde der Österrie, eine parlamentarische Klage erheben und beschließen, daß die in den Wahlbezirken der betreffenden Abgeordneten angehängten werde.

I. Wien, 17. Oktober.

In später Nachtstunde verlautet, daß eine neue Regierungskette droht, und daß Graf Silvio-Tarouca berufen sein soll, unter Umständen mit den Parteien über die Erweiterung des Manifestes zu verhandeln, weil nahezu alle Parteien Verhandlungen mit Freiherrn v. Huszar mit aller Entschiedenheit ablehnen. Gleichzeitig verlautet auch, daß der Rabinetsdirektor Dr. Ritter v. Seidler in der nächsten Zeit seinen Posten verlassen wird.

Bevorstehender Großangriff auf die Dardanellen?

In militärischen Kreisen rednet man, wie uns mitgeteilt wird, mit einem englischen Großangriff auf die Dardanellen. Auch Angriffe gegen die Westfront werden erwartet. Man muß gleichfalls mit der Möglichkeit rechnen, daß die Feinde Unternehmungen gegen die Nordwestfront der europäischen Türkei vornehmen werden.